



Statement zu den geplanten Jugend-Protesten am 31.10.2026

„Friedlichen Protest ermöglichen und absichern, statt vorzuverurteilen“

Am 31.10.26, ein Tag an dem viele Menschen Halloween bzw. den Reformationstag begehen, sind unter dem Motto „genZ regelt“ in mehreren Städten in Deutschland Demonstrationen angekündigt.

Wörtlich heißt es: *„Wir sind junge Menschen, die nicht länger zusehen wollen, wie über unsere Zukunft entschieden wird, ohne dass wir gehört werden. Am 31. Oktober gehen wir in 23 Städten gleichzeitig auf die Straße: für Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und ein bezahlbares Leben, gegen die Wehrpflicht und gegen einen Sparkurs auf unserem Rücken.“* Dazu haben sie auch ein entsprechendes Positionspapier veröffentlicht.

Ausdrücklich und an erster Stelle betonen die Initiatoren: *„Wir sind gegen jede Form von Gewalt. Unser Protest ist friedlich, ohne Ausnahme. Gewalt gegen Menschen oder Sachen widerspricht allem, wofür wir stehen. Nur friedlich können wir gemeinsam etwas erreichen.“*

Aus Sicht von PolizeiGrün ist es völlig unverständlich, dass sowohl führende Innenpolitiker wie Sebastian Fiedler (SPD) und Alexander Throm (CSU) schon im Vorfeld die Proteste im Ganzen als gewalttätig abstempeln und damit kriminalisieren, statt zu differenzieren. Wir halten daher die öffentlichen Reaktionen gerade von Seiten der Mitglieder der Regierungskoalition für verantwortungslos in einer ohnehin aufgeheizten gesellschaftlichen Stimmung. Auch schadet diese Rhetorik dem Demokratieempfinden der jungen Menschen sowie auch den eingesetzten Kräften.

Das auch die GdP dem Populismus verfällt und sogar öffentlich von „keiner Gnade“ (Jochen Kopelke) und „am 31. Oktober wird Deutschland brennen“ (Jonas Witzgall) spricht, verurteilen wir scharf. Als kompletten Irrsinn weisen wir die Forderung der Jungen Union Berlin nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren bei diesen Protesten zurück.

Die Interessen der Jungen Generationen dürfen nicht nur, sondern müssen sich in einer Demokratie auch über Proteste ausdrücken dürfen. Wir brauchen als Gesellschaft die Selbstermächtigung der jungen Generation und dürfen die Jugend mit ihren Problemen und berechtigten Sorgen nicht allein im Regen stehen lassen. Die öffentlichen Äußerungen und Warnungen schon im Vorfeld - diese Scharfmachereien - halten wir für kontraproduktiv und gefährlich. Sie sind zudem nicht sachgerecht, weil die aktuellen Einschätzungen der Sicherheitsbehörden diese nicht decken. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass beispielsweise die Proteste der sogenannten Gelbwesten, die leider ebenfalls teilweise gewalttätig waren, nicht nach Deutschland übergegriffen haben. Das liegt u. a. auch daran, dass Frankreich eine andere Protestkultur hat und zudem im Gegensatz zum föderalen Deutschland ein zentralistischer Staat ist. Aufgabe der Polizei für den kommenden Samstag ist es zunächst einmal, Versammlungen zu schützen und nicht von vornherein auf zweifelhafter Grundlage vermutete Worst-Case-Szenarien heraufzubeschwören. Wir

haben gesehen, dass beispielsweise die Proteste gegen den AfD-Parteitag in Erfurt im Sommer diesen Jahres weitgehend friedlich abgelaufen sind und genau das dürfte hier auch am Ehesten eine realistische Prognose sein.

Den eingesetzten Einsatzkräften wünschen wir einen guten und friedlichen Einsatzverlauf, Besonnenheit und eine verletzungsfreie Heimkehr zu ihren Familien.

Der Vorstand
Berlin, 28.10.2026

